



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/278 - 30.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931-33
Fernschreiber 099890

Zur Bremer Tagung der Arbeitgeberverbände	S. 1
Uneuropäische Töne aus Belgien	S. 3
Mastergültiges Schwesternhaus der AWO	S. 5
Goes van Naters und ein Dementi des AA	S. 7

Im Mittelpunkt - die Spaltung

(sp) Eigentlich lautete das Thema der diesjährigen Hauptversammlung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände: Der Mensch im Mittelpunkt der sozialen Ordnung. In Wahrheit aber haben wir es mit dem großangelegten Versuch der Trennung der Arbeiterschaft von ihren Gewerkschaften zu tun, wobei der "Lebensraum Betrieb" den Katalysator abgeben soll, der wie bei einem chemischen Prozeß je nach Bedarf zweierlei Funktionen ausüben kann, nämlich die Beschleunigung einer Verbindung oder eine Spaltung.

Nun wäre es falsch, allen Arbeitgebern grundsätzlich bei ihrem Tun eine böse Absicht zu unterstellen. Es gibt heute manchen Arbeitgeber, dem Sozialpolitik ein inneres Anliegen ist, der Sozialpolitik nicht als Mittel zum Zweck betrachtet und handhabt. Die Bundesvereinigung kann diese Bewertung allerdings nicht für sich in Anspruch nehmen, denn sie will bewußt den vorhandenen Betriebsstolz und auch Betriebsegoismus ausnutzen, um die Betriebsgemeinschaft in eine Frontstellung zu den Gewerkschaften zu bringen, um später nach der These "Teile und herrsche" den Nutzen daraus zu ziehen.

Man braucht nur einmal die Rede von Dr. Walter Raymond nachzulesen, die in zahlreichen Passagen diese Auffassung vertritt. Die von den Gewerkschaften geforderte Wirtschaftsdemokratie wird

beispielsweise als ein Rückfall ins marxistische Gedankengut bezeichnet. Den Gewerkschaften wird unterstellt, daß sie ein System entwickelt haben, das nicht den Menschen, sondern den gewerkschaftlichen Funktionär in den Mittelpunkt der sozialen Ordnung stellt. Die alte These von der familienähnlichen Betriebsgemeinschaft wird aufgewärmt, die der Vermittlung eines Dritten nicht bedarf. Es wird behauptet, daß die Gewerkschaften wollen, daß nichts in den Betrieben ohne ihre Zustimmung geschehen solle, ganz abgesehen von der bösen Entgleisung des katholischen Theologen Prof. Höffner, der behauptete, daß die "kollektivistische These 'Eigentum ist Diebstahl' nicht mehr gelte, wenn die Funktionäre alles Eigentum an sich gerafft hätten".

Auf der anderen Seite sind die Unternehmensverbände natürlich nicht bereit, den Arbeitern etwa in den Betrieben das zu gewähren, was man heute allgemein als Mitbestimmungsrecht bezeichnet. Der Gemeinsamkeiten werden viele aufgezählt, so die gemeinsame Arbeit, das "Bewußtsein" gemeinsamer Verantwortung, die Achtung voreinander und das daraus entstehende Vertrauen zueinander. Die Rückseite dieses als ideal bezeichneten "Unternehmerspiegels" enthält aber den Kernsatz, daß die freie Verfügung des Unternehmers über sein Eigentum erhalten bleiben müsse, weil das Fundament des Eigentumsbegriffes durch die wirtschaftliche Mitbestimmung der gewerkschaftlichen Funktionäre zerstört werde.

Diese Vertreter des freien Individuums scheuen sich allerdings nicht, in ihrem Jahresbericht darauf hinzuweisen, welche Macht ihre anonyme Organisation in kurzer Zeit an sich raffen konnte. Während man auf der einen Seite die Spaltung der Arbeiterschaft bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften der Versicherungen lobt, weist man mit Stolz darauf hin, daß es den Arbeitgebern gelungen wäre, nur Einheitslisten aufzustellen. Während man den Arbeitnehmern ein System der Zwangsschlichtung schmackhaft machen will, bejubelt man die Erfolge der sogenannten Gefahrengemeinschaften der einzelnen Tarifträgerverbände. Kurzum, alles, was man den Gewerkschaften vorwirft, verwirklicht man im eigenen Hause mit noch größerer Konsequenz.

Wir wollen nicht verschweigen, daß die Bremer Tagung im Sachlichen eine Reihe von guten Anknüpfungspunkten gebracht hat, die es ermöglichen könnten, aus der industriellen Nummer wieder einen Menschen zu machen. Abzulernen ist jedoch, daß alle diese Arbeit nur unter dem Gesichtspunkt der Trennung der Arbeiterschaft von ihren Organisationen geschehen wird.

Eine Entscheidung gegen Europa

-pt - Brüssel

Die belgische Kammer hat den EVG-Vertrag angenommen. 148 Abgeordnete aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) haben für ihn gestimmt, 49 Abgeordnete aller Parteien gegen ihn. Die stärkste Stimmenzahl gegen ihn stellte die sozialistische Fraktion, in der 40 Abgeordnete den Vertrag annahmen, 29 ihn verwarfen. Sehr viel größer war der Prozentsatz der Vertragsbejaher in der Christlichsozialen Regierungspartei, der belgischen CDU; von ihrer Fraktion stimmten 96 Abgeordnete für und nur neun gegen den Vertrag. Auch die Liberalen waren gespalten: 12 Liberale waren für EVG, vier dagegen.

Ist diese Spaltung in allen Parteien, die alle Parteileitungen zwang, den Fraktionszwang aufzuheben, das eine bemerkenswerte Zeichen dieser entscheidenden Abstimmung, so ist das zweite eine peinliche Wendung der Debatte vor der Abstimmung von einer Europabegierde zu einer Entschuldigungsdebatte. Immer mehr traten bei den Befürwortern des Vertrages die positiven paneuropäischen Gründe hinter dem Gedankengang zurück, daß man den Vertrag als kleinstes Übel, als "Sperling in der Hand" annehmen müsse. Zeitweise mußte es dem Zuhörer scheinen, als wenn es sich nicht um einen gegen die sowjetrussischen Angriffsgelüste gerichteten Vertrag handele, sondern um eine Einkreisung Deutschlands. Wenn der Außenminister offen erklärte, daß den deutschen Divisionen, die nicht gehorchten, einfach Verpflegung und Munition gesperrt würde, wenn der Verteidigungsminister darauf hinwies, daß man gerade darum die Stationierung deutscher Truppen auf belgischem Boden vorsehe, um so die Deutschen unter der Kontrolle der belgischen Gendarmerie und der "westlichen Truppenteile" zu haben, wenn Spaak seine Parteigenossen beschwor, den Vertrag anzunehmen, weil er die Deutschen einer viel strengeren Aufsicht unterwerfe als z.B. der NATO-Vertrag, so war darin wenig "europäischer Geist" zu spüren.

Das gilt nicht zuletzt für den "Plan van Zeeland", der als Hintergrund benutzt wurde, um die mißtrauischen und zweifelnden Sozialisten zu gewinnen. Schon in dem ersten Entwurf zur Befürwortung des Vertrages, der dem sozialistischen Parteitag vor der Kammerentscheidung vorgelegt wurde, war von einer ominösen "neutralisierten Zone" beiderseits der Oder-Neiße-Grenze die Rede, die der Sowjetunion

den Vertrag schmackhaft oder zum mindesten tolerierbar machen sollte. Der Parteitag war vernünftig genug, in der endgültig angenommenen Fassung diesen Absatz zu streichen. Inzwischen hatten nämlich einige antideutsche christlich-soziale Blätter und die in Brüssel sehr reg-samen Exilpolen aus der Schule geplaudert: Eine solche Neutralitätszone würde eine "unausgesprochene" Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeuten und - fügten die Polen hinzu - würde die Möglichkeit eines autonomen "Wendestaates" erleichtern.

Man sollte in der Bundesrepublik diese polnischen Ansprüche nicht auf die leichte Achsel nehmen. Das Spiel, das in Teheran und Yalta von den alliierten Großmächten gespielt wurde, und jetzt erst in den Memoiren Churchills und des polnischen Generals Andres in Erinnerung gerufen wurde, geht weiter. Man ist heute wie damals bereit, einen Kompromiß der Großmächte auf Kosten der "Kleinen" zu schließen. Damals gab man Polen Gebiete, an die die wahrhaft nationalen Polen und die polnischen Sozialisten nicht im Traum gedacht hatten, um die Sowjetunion auf Kosten Polens zu befriedigen, damals dachte man daran, Jugoslawien in eine russische und in eine westalliierte Zone aufzuteilen, ohne Tito und seine tapferen Widerstandskämpfer auch nur zu fragen. Heute möchte man hinter dem so ideal schimmernden Europa-Vertrag Kleindeutschland, ohne die Saar und die Ostgebiete.

Immer wieder kam bei den Anhängern des EVG-Vertrages indirekt zum Ausdruck, daß mit diesem und dem von van Zeeland angestrebten europäischen Sicherheitssystem auch die Saarfrage endgültig gelöst sei, die "Selbständigkeit" des Saargebietes ebenfalls eins der sozusagen "heiligen Güter Europas" sei, die die Europa-Armee zu verteidigen habe. Daß man damit den Europa-Gedanken herabwürdige, daß man statt eines demokratischen, auf gesunde nationale Staaten aufgebauten Europas eine Art Metternichsche "Heilige Allianz" mache, wurde vergebens von den Gegnern des Vertrages, auch denen aus dem christlichen Lager, eingewandt. Es half nichts. Man sprach von Europa und dachte an die soundsoviel Mann deutschen Kanonenfutters, man sprach vom Frieden und spielte mit dem Gedanken, daß die Kosten des Friedens Deutschland tragen müßte. Diese Abstimmung war eine Zustimmung zu einem Europa, das für die deutsche Einheit in Freiheit keinen Raum läßt.

Das "Ostereier-Haus" von Marl

R.D. In den Tagen unseres schnellen, weil so dringend notwendigen Wiederaufbaues, ist die Einweihung neuer Häuser keine Seltenheit mehr. Selbst dann nicht, wenn offizielle Ministerreden sie begleiten. Was uns veranlaßt, die Übergabe eines Hauses ausführlicher zu behandeln, ist nicht das Kuriosum der Weihe eines "Ostereier-Hauses" in der Weihnachtszeit, sondern, daß mit dieser Schöpfung ein Zeitproblem mutig in Angriff genommen wurde. Die Arbeiterwohlfahrt übergab in Marl, einem kräftig aufsteigenden Ort im nördlichen Industriegebiet, ihrer Schwesternschaft ein Stammhaus und damit zugleich eine Schwesternschule seiner Bestimmung.

Eine soziale Tat

Soziale Tat? Jawohl! Denn das Schwesternproblem ist eines der brennendsten unserer Tage. Nicht nur in Deutschland! Krankenhäuser und Schwesternschaften klagen über den mangelnden Nachwuchs. In England stehen Krankenhäuser leer, weil es an Schwestern fehlt, nicht etwa an Patienten. Alle soziale Organisation, noch so willige Bereitstellung von Mitteln, Medikamenten und technischen Einrichtungen, die modernsten, nach den neuesten Erkenntnissen der Medizin, der Hygiene und der sozialen Notwendigkeiten errichteten Krankenhäuser sind wertloser Plunder, wenn es nicht gelingt, die Menschen bereitzustellen, die nicht nur als technische Hilfskräfte, sondern als "schwesterliche" Menschen bereit sind, über die "Volksgesundheit" hinaus dem kranken, hilfsbedürftigen Individuum zu dienen.

Die Frage dieses Schwesternnachwuchses ist zum Teil, aber keineswegs allein, eine Frage der Entlohnung. Sie kann daher bei allem guten Willen, auch der Gewerkschaften, nicht von der Tarifseite her gelöst werden. Die dabei nur verfügbaren Maßwerte: Arbeitszeit, Arbeitstempo und -weg schöpfen die Tätigkeiten einer Schwester nicht aus. Bei ihr kommt es letztlich nicht darauf an, wieviel Medikamente und Spritzen in welcher Zeit verabreicht werden, sondern wie sie das tut; nicht darauf, wieviel Kranke sie betreut, sondern darauf, daß die empfindsamen Kranken, besonders Kinder, nicht einen nach den Grundsätzen rationaler Arbeitsbewertung tätigen Helfer, sondern einen liebevollen Vertrauten ihrer Schwäche finden. Gefühlswerte aber sind noch nicht mit dem Rechenschieber meßbar.

Opfer - nicht nur von anderen verlangen

Verlangt man aber Gefühlswerte, die hier unerlässlich sind, verlangt man Opfermut, der seinen Einsatz nicht nach Arbeits- oder Tageszeiten mißt, so muß man der Bildung und besonders der Erhaltung solcher Werte besondere Aufmerksamkeit widmen.

Da ist zunächst das Wohnproblem. Von Anbeginn ihrer Laufbahn als Schwesternschülerin bis in das hohe Alter hinein ist eine Schwester, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie allein. Immer wohnt sie mit zwei, drei oder mehr Berufskolleginnen auf einem Zimmer. Ihr Privatleben spielt sich vor den Augen anderer ab, d.h. es gibt für sie praktisch kein Privatleben. Jede Fabrikarbeiterin, und hätte sie ein noch

niedrigeres Einkommen als die Schwester, ist darin besser gestellt als sie. Weiter: In ihrer Tätigkeit wird ihr von den akademischen Fachkräften häufig die Anerkennung versagt. Ihr "menschlicher" Einsatz reicht manchem Akademiker nicht aus, um für seine wissenschaftliche Überlegenheit eine Partnerschaft zu rechtfertigen. Sowohl die Unterbringung, als auch die Behandlung als "technisches Personal", nimmt auf die Pflege der vorausgesetzten Gefühlswerte keine Rücksicht. Abhilfe bringt hier nur eine rücksichtsvolle, nicht nur kostenbedingte Bauplanung in Kranken- und Schwesternhäusern und eine Förderung menschlicher Beziehungen zwischen Schwestern und dem akademischen Nachwuchs; die wichtiger wäre, als die Förderung unzeitgemäßen akademischen Dünkels auf den Paukböden.

Die Arbeiterwohlfahrt versucht in ihrer Schwesternschaft den angeschnittenen Problemen gerecht zu werden, sowohl in der Ausbildung der Schwestern, wie in ihrer späteren Verwendung, in den jetzt etwa 200 eigenen Mütter-, Alters-, Kinderheimen, Jugendpflegeanstalten usw. Und sie fährt gut dabei. Als einzige Schwesternschaft kann die AWO über einen befriedigenden, wenn auch noch nicht ganz ausreichenden Zugang von Nachwuchsbewerbern berichten.

Widerstände, die überwunden wurden

Die AWO-Schwisterschaft ist ein verhältnismäßig junges Kind der Arbeiterwohlfahrt. Sie begann ihre Tätigkeit erst in der Nachkriegszeit in Schleswig und hat seither einen nicht leichten Kampf um ihre Anerkennung auch im übrigen Bundesgebiet gekämpft. Als Kind der freiheitlich sozialistischen Arbeiterbewegung ist sie konfessionell neutral und tolerant und hat bei den traditionell konfessionellen Bindungen fast aller Institutionen der Krankenpflege viele Vorurteile überwinden müssen. An zwei Universitätsorten, deren Kliniken die Errichtung eines Schwesternhauses aus den erwähnten Mangelgründen warm befürworteten, war es nicht möglich, ein Haus zu errichten. Die konfessionellen Vorurteile und Widerstände waren stärker als die soziale Notwendigkeit. So kam die Schwesternschule nach Marl.

Marl? Das ist ein kleiner, aufstrebender und selbst für nordrhein-westfälische Begriffe sich ungewöhnlich schnell entwickelnder Ort des nördlichen Ruhrgebietes. Der Kohlenbergbau wandert weiter nach Norden. Kürzlich sind in Marl drei neue Schächte abgeteuft. Die sehr wendige, zukunftsreiche Stadtverwaltung wagt und zieht Unternehmen und Behörden heran. Die Bevölkerung zieht erfreulich mit. "Aus purem Eigennutz", betonte der Oberbürgermeister bei der Weihe dieses Hauses, "haben wir die Schwesternschule an uns gezogen". Dann in unmittelbarer Nähe der Schule entsteht ein riesiges, siebenstöckiges Krankenhaus, nach seiner Fertigstellung wahrscheinlich das modernste in Europa, und man hofft, daß es in Marl künftig kein Schwesternproblem geben wird.

Auch hier haben sich zunächst die gleichen Widerstände wie in den Universitätsstädten bemerkbar gemacht. Das Schwesternhaus war im Wahlkampf sogar Gegenstand der Entscheidung. Die Bevölkerung Marls hat sich für das Haus entschieden und die Konfessionen suchen nunmehr auch mit der Schwesternschaft ihren Frieden.

Ein eigenwilliges, fröhliches Haus

Und so steht es denn nun, das Schwesternhaus der AWO in Marl, seiner Farbenfreudigkeit im Inneren wegen schon am ersten Tage mit dem Spitznamen "Osterreicher-Haus" versehen, obwohl es einem Österreicher nicht im entferntesten ähnlich sieht. Im Gegenteil. Das zwei-stöckige, weiträumige und in drei schräg zueinanderstehenden Flügeln erbaute Haus ist in seiner modernen Linienführung ein sehr eigenwilliges Bauwerk (Architekt Steinicke, Bonn). Lichtdurchflutet und der Einsicht von außen weitgehend geöffnet, bietet es doch seinen Bewohnern die Möglichkeit der Pflege echter Individualität. Sechs Klassenräume, die auch die moderne Möglichkeit des Unterrichtes im Freien zulassen, sollen als Maximum etwa 90 Schülerinnen in zweijährigen Kursen mit einjährigem Vorschulstadium die Ausbildung ermöglichen. Schon laufen drei Kurse mit insgesamt 48 Schwesternschülerinnen, die im Vorschulstadium zu dritt, als Schülerinnen zu zweit und im Prüfungsstadium einzeln ein geräumiges Zimmer innehaben. Die architektonische Freizügigkeit des Baues, die Frische der Farben und sicher mehr noch das Temperament seiner jungen Bewohner werden es zu einem fröhlichen Hause machen. Die Leitung liegt in den Händen der international bekannten Oberin Romberger, die unter Hitler zum Tode verurteilt und nur durch den Einzug der Amerikaner gerettet, sich nach 1945 dem Aufbau der AWO-Schwisterschaft gewidmet hat.

Wer von hier einmal als Schwester hinausgeht, ist Repräsentant des jüngsten Kindes der freiheitlich sozialistischen Arbeiterschaft, im Kampf für eine bessere soziale Ordnung. Um eine der edelsten Aufgaben zu erfüllen, wird jede dieser Schwestern neben ihrer sozialen Gesinnung, neben besten technischen Kenntnissen und der noch wichtigeren Opferbereitschaft für den leidenden Menschen, des ganzen unbedrückten und unerschütterlichen Mutes freier fröhlicher Menschen bedürfen, den ihr dieses Haus vermitteln soll.

+ + +

Wer sagt die Wahrheit ?

(sp) Das Auswärtige Amt ließ durch den CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Dr. Gerstenmeier, in einer Stuttgarter Zeitung eine vom Parlamentarisch-Politischen Pressedienst verbreitete Meldung dementieren, in der von einer Unterredung berichtet wurde, die der Saarreferent des AA, Dr. Thierfelder, am 15. oder 16. November mit dem Berichterstatter des Europarates für die Saarfrage, van der Goes van Naters, hatte. Auf Anfrage habe ihm, behauptet Dr. Gerstenmaier, das AA erklärt, daß es sich weder direkt noch indirekt zu dem Saarvorschlag van Naters geäußert habe. Wer sagt nun die Wahrheit, wie liegt der Tatbestand ?

Vor uns liegt ein Bericht über einen Vortrag van Naters am 18. November 1953, nach 21 Uhr im Hotel Messmer in Saarbrücken. Anwesend waren eine Gruppe profranzösischer Saarjournalisten und der saarländische Justizminister Dr. Braun. Nach einer längeren Schilderung über Sinn und Bedeutung seines Saar-Memorandums sagte van Naters, daß ihn vor "zwei oder drei Tagen" Dr. Thierfelder vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik besucht habe. "Dr. Thierfelder", erklärte nach diesem Bericht der Vortragende, "hat mich gefragt und gebeten, ob ich nicht zwei Stellen in meinem Bericht zurücknehmen könnte, da ja der Bericht am 20. November im Chateau Muette vom Ausschuß der Europaversammlung geprüft wird". Dr. Thierfelder habe ihm zugesichert, daß die Aussichten für eine Annahme des politischen Lösungsvorschlages dann viel besser seien, als je zuvor.

Bei den von Dr. Thierfelder beanstandete Stellen handelt es sich um zwei, im historischen Teil des Saar-Memorandums enthaltene Punkte von zweitrangiger Bedeutung. In der Substanz befürwortet das von van Naters für den Europarat ausgearbeitete Saar-Exposé die politische Loslösung der Saar von Deutschland und die völkerrechtliche Verankerung des französischen Wirtschaftsmonopols an der Saar. Wiederholt berief sich dieser holländische Saar-Experte im gleichen Vortrag auf die angebliche Billigung des deutschen Bundeskanzlers für seine Saarvorschläge.

Die Frage ergibt sich: Führte Dr. Thierfelder die Unterredung mit van Naters aus eigener Machtvollkommenheit, über den Kopf des AA hinweg? Wurde Dr. Gerstenmeier auf seine Anfrage hin vom AA getäuscht? Denn es ist wohl nicht anzunehmen, daß van Naters in diesem vertraulichen Kreis profranzösischer Saarjournalisten das Bedürfnis hatte, den Märchenerzähler zu spielen. Wie immer dem auch sei - die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht auf eine Klarstellung durch das Auswärtige Amt. Hier stimmt etwas nicht.

+ + +